

## Interview mit Alfonso Bauer Paiz

Alfonso (alias Poncho) Bauer Paiz war Teil der Bewegung, die 1944 in Guatemala Diktator General Jorge Ubico stürzte. In den zehn Jahren des „Guatemaltekischen Frühlings“ war er Abgeordneter und Staatssekretär für Wirtschaft und Arbeit unter der Regierung Arévalo.

Nach dem vom CIA initiierten Militärputsch von 1954 kämpfte er jahrzehntelang im Untergrund gegen die guatemaltekischen Militärregierungen. Er war u.a. jahrelang bei der organisierten Rückkehr der guatemaltekischen Flüchtlinge aus Mexiko aktiv. Seit 1999 ist er als Mitglied der „Nationalen Einheit der demokratischen Linken“ (UNID) im Rahmen der „Allianz Neue Nation“ (ANN) Abgeordneter des Guatemaltekischen Nationalkongresses.

Am 25. Oktober 2001 führten Mary Kreuzer und Thomas Schmidinger in Guatemala Stadt das folgende Gespräch mit dem 83 jährigen Revolutionär.

**Sie nahmen an der Demonstration am 20. Oktober, dem Jahrestag der Revolution gegen Ubico, teil. Wir haben dort gesehen, dass die ehemalige Guerilla, die URNG, in zwei getrennten Blöcken vertreten war und die eine Gruppe den Hauptplatz fluchtartig verließ, als die andere auf demselben ankam. Was sagen Sie zu dieser Spaltung der guatemaltekischen Linken? Wohin entwickelt sie sich?**

Ich bin Teil einer Gruppe, die seit drei bis vier Jahren versucht, sich als politische Partei zu konstituieren, der UNID. Wie der Name bereits verrät, versuchen wir, die verschiedenen Strömungen der Linken zu vereinen. Ohne dass es unser Ziel wäre, eine kommunistische Partei zu werden, ist der Marxismus sehr wohl unser politisches Ideal. Wir sind weder frontale Gegner der Christlich-Sozialen noch der Sozialdemokraten, aber wir glauben auch nicht daran, dass

## „NGOs BENÜTZEN DIE LINKE FÜR IHRE EIGENEN ZWECKE“

diese Strömungen die wahren Interessen des Proletariats vertreten. Unter Proletariat verstehe ich nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die ausgegrenzten Sektoren des Kleinbürgertums und der Bauern.

Dazu kommt die enorme Präsenz verschiedenster NGOs, sowohl europäischer als auch nordamerikanischer, die die politischen Bewegungen Guatemalas unterstützen. Offensichtlich geht es den NGOs darum, sie für die eigenen Zwecke zu benützen. Auch wenn für uns einzelne Aspekte der Arbeit dieser Organisationen akzeptabel sind, gibt es auch Positionen, die einfach nicht zu unserer Wesensart passen.

Um ein Beispiel zu nennen: Als ich Berater der guatemaltekischen Flüchtlinge in Mexiko war, bat man mich, ein Referat über Frauenrechte zu halten. Ich kritisierte dabei eine Reihe von Paragraphen des Zivilrechts, in denen der Machismo ganz offensichtlich zutage trat. Beispielsweise das Gesetz, das besagt, dass die Frau nicht ohne Erlaubnis des Mannes arbeiten darf oder den Namen des Mannes benutzen muss, dass die Frauen für die Kindererziehung zuständig seien und somit zu Hause bleiben müssten, etc... Da kommt ein Mädchen aus Spanien und sagt: „Sie haben etwas sehr Wichtiges vergessen: das Recht auf sexuelle Orientierung.“

„Sehen Sie,“ antwortete ich, „ich respektiere Ihre Position, aber sagen Sie mir das doch nicht hier, in Guatemala, und noch viel weniger hier auf dem Land.“ Wir wissen natürlich, dass es in Guatemala Schwule und Lesben gibt, aber das ist für uns doch kein Problem. Das kann für die eine oder andere Person ein individuelles Problem sein. Natürlich bin ich auf ihrer Seite, wenn jemand sie lächerlich macht, angreift, verletzt oder beleidigt, aber hier in Guatemala haben wir andere Probleme: der Hunger, die soziale Ungerechtigkeit, etc.

**Innerhalb von Guatemala gibt es verschiedene Gesellschaften. Nicht nur Guatemala selbst ist anders als Europa – die „weiße“ bzw. die Ladino-Schicht ist Europa wahrscheinlich ähnli-**

**cher als den Indígenas. Wie spiegelt sich dieses Problem in der Linken wider?**

Es gibt eine Tatsache: In der Indígena-Linken gibt es wenige, die eine marxistische Bildung haben. Gefühle der Wut und Vorwürfe von 500 Jahren Unterdrückung bestehen noch immer fort. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass viele Indígenas alle Ladinos in einen Topf werfen. Ich mache das umgekehrt jedoch nicht, weil ich sehr wohl zwischen einem Indígena, der auf Seiten der Revolution steht, und einem Indígena, der weil er nun Exporteur von nichttraditionellen Waren wurde und seine eigenen Brüder ausbeutet, unterscheidet. Alles andere wäre rassistisch.

Es gibt sogar manche, die „Indígena-Parteien“ gründen wollen. Wir Marxisten können uns eine politische Partei einer Ethnie nicht vorstellen. Es geht doch um soziale Klassen, nicht um Ethnien! Wir wollen die Interessen des Proletariats sowie der Bauern, die die Alliierten des Proletariats sind, verteidigen. Es ist doch nicht meine Schuld, kein Arbeiter oder kein Bauer zu sein. Dafür habe ich studiert, dafür habe ich die Geschichte der Menschheit gelernt. Ich bin sehr wohl einer derjenigen, die an den Klassenkampf glauben. Es geht mir nicht um Köpferrollen, aber die Situation Guatemalas, in der zwei Prozent der Bevölkerung siebzig Prozent des Landes besitzen, ist untragbar.

**Wir haben den Eindruck, dass v.a. unter der weißen Linken Guatemalas die Position, die Sie vertreten, in der Minderheit und mittlerweile ein guatemaltekischer Nationalismus entstanden ist. Statt von Klassenkampf zu sprechen, treten viele guatemaltekische Linke heute für den Aufbau einer nationalen Bourgeoisie und für ein Bündnis mit derselben ein. Hier bildet sich eine stark anti-US-amerikanische, sozialdemokratische und nationalistische Linke heraus.**

Hier sehe ich, wie ich bereits sagte, den negativen Einfluss einiger NGOs. Es gibt einige Menschen, die jahrelang mit der Waffe in der Hand kämpften, aber dann wurde der Frieden unterzeichnet und sie erhielten nicht, was ihnen versprochen wurde. Ich spreche nicht von finanzieller Entschädigung, sondern von der Möglichkeit, wenigstens einen Arbeitsplatz zu finden. Nun erhalten sie Hilfe von diesen Organisationen, und sie wiederum dienen den Interessen dieser NGOs.

Ein Freund, dessen Namen ich nicht nennen werde, der führender Funktionär der FAR, einer der zur URNG fusionierten Guerillaorganisationen, war, arbeitet jetzt bei der Vertretung einer US-Gewerkschaft – natürlich mit dem O.K. der US-Botschafterin. Er behauptet, die Bedingungen im Land verbessern zu wollen, aber in Wirklichkeit geht es nur darum zu verhindern, dass US-Firmen nach Guatemala ausgelagert werden, wo es viel schlechtere Arbeitsbedingungen der Arbeiter gibt als in den USA. Durch diese Auslagerung würden dort Arbeitsplätze verloren gehen.

**Worum geht es Ihrer Meinung nach bei der jetzigen Spaltung der URNG? Sind es tatsächlich nur persönliche Reibereien und Machtkämpfe?**

Nein, es geht dabei auch um ideologische Auseinandersetzungen. Ein Flügel der beiden kämpft immer noch für die Agrarreform und tiefgreifende Änderungen. Der andere begnügt sich mit den Friedensabkommen, die viel zu wenig weitreichend sind.

**Mit der radikaleren Strömung meinen Sie die „Revolutionäre Strömung“ unter Pablo Monsanto, die ehemalige FAR?**

Ja. Ich will jedoch betonen, dass wir von der UNID diese Differenzen nicht noch schüren wollen, sondern bemüht sind, die definitive Spaltung der URNG zu verhindern. Jedoch stimmt das vorhin Gesagte: Der andere Flügel bewegt sich nach rechts.

Vor einer Woche erschien in einer Zeitung eine Beilage, die sich mit aktueller Politik befasste. Die URNG verwendete dabei nicht einmal den Ausdruck „Agrarreform“, sondern

spricht von „Agrarpolitik“. Das Allerhöchste, das sie verlangen, ist die Einhaltung der Friedensabkommen und die Revision von Landaneignungen. Damit meinen sie die Aneignung eines großen Gebietes im Petén durch die Militärs.

Kein Wort verlieren sie über das brachliegende Land. Wie können

wir es zulassen, dass es nach wie vor Großgrundbesitze mit Tausenden Hektaren Land gibt und dass diesen Leuten sogar noch dafür gezahlt wird? Dieses Land wurde den Indígenas gestohlen, und nun soll es dem Staat abgekauft werden? Nein, hier muss eine Landreform Platz greifen.

**Wir haben außer Ihnen bisher niemanden in der Linken getroffen, der eine radikale Landreform fordert. Stehen Sie mit dieser Forderung allein da?**

Obwohl ich nicht an Gott glaube und trotz meiner totalen Gegnerschaft zur katholischen Kirche während der Revolution, denn die Kirche war eine unserer größten Gegnerinnen, so muss ich doch sagen, dass sie mit ihrem Dokument „Schrei nach Land“ die einzige, aber schon die einzige, Institution ist, die für die Agrarreform eintritt. Das muss ich anerkennen. Natürlich treten auch wir von der UNID für eine Landreform ein, aber wir sind ja noch immer im Parteibildungsprozess und damit noch keine relevante Stimme. Die URNG schweigt zu diesem Thema.

**Noch eine Frage zum Nationalismus: Wir verstehen, dass kein Land in der Welt mehr Grund hätte, anti-US-amerikanisch eingestellt zu sein als Guatemala. Aber wir haben den Eindruck, dass es durch den jahrzehntelangen Bürgerkrieg keine Zeit für ideologische Diskussionen gab und dass sich „Links-sein“ in Guatemala sehr**



Die Landfrage ist im Land der Maismenschen weiterhin ungelöst.

Foto: Herby Sachs

**lange auf Anti-US-Amerikanismus beschränkte. Die guatemalteke Linke scheint nicht einmal antiimperialistisch gewesen zu sein, sondern eher platt anti-US-amerikanisch. Es ging der Basis der Linken, aber auch den Intellektuellen mehr darum, Guatemala als nationales Projekt darzustellen, und jetzt nach dem Friedensschluss führt dies dazu, dass nationalistische und sozialdemokratische Projekte die Oberhand gewinnen. Eine Konsequenz davon ist, dass auf einer Demonstration Teile der Linken mit Bin-Laden-T-Shirts erschienen sind.**

Mit den Spaltungen, die in Europa passierten, war es für die Linke viel leichter, mit linken politischen Parteien in Europa Kontakt zu pflegen. Diese Dynamik hat sich heute etwas verflüchtigt. In Europa gibt es derzeit ein gewisses Erwachen der Linken. In den USA ist das anders. Als Abgeordneter muss ich leider miterleben, wie unsere Regierung unfähig ist, eigenständige Schritte zu setzen und sich ständig den Zwängen der USA unterwirft.

Die US-Botschaft und US-NGOs nehmen hier in Guatemala tatsächlich großen Einfluss auf die Politik. Ich habe mir eine ganze Liste zusammengeschrieben von Fällen, die in der Presse erschienen sind. Allein heuer sind eine Reihe von Gesetzesänderungen unter direkter Einflussnahme der US-Botschaft und von US-NGOs durchgesetzt worden. □